Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1969

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **61 (1969)**

Heft 4

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354378

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGE: «BILDUNGSARBEIT»

HEFT 4 – APRIL 1969 – 61. JAHRGANG

Aufruf des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1969

Kolleginnen und Kollegen!
Arbeiter und Angestellte!

Die weltpolitische Situation ist bedrückend. Wellen der Gewalttätigkeit bedrohen das Zusammenleben der Menschen und Völker. Dem Unabhängigkeitsstreben des tschechoslowakischen Volkes haben Truppen des Warschaupaktes ein jähes Ende bereitet. Die Arbeiterschaft, unterstützt von fortschrittlich denkenden Intellektuellen, versucht verzweifelt, letzte Reste der nur für kurze Zeit errungenen Freiheit zu bewahren. Die Spannungen zwischen Sowietrussland und China nehmen zu. Dem blutigen Bürgerkrieg in Nigeria-Biafra fallen zahllose unschuldige Menschen zum Opfer; internationale Hilfsaktionen sind notwendig, um die vom Hungertod Bedrohten mit dem Notwendigsten zu versorgen. Explosiv bleibt die Lage im Nahen Osten. Friedensverhandlungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten sind nicht in Sicht. Provokationen und Vergeltungsschläge verschärfen die Spannungen und verhärten die gegenseitigen Positionen. Die UNO ist machtlos. In Vietnam dauern die Kämpfe an. Wenig Anlass zu Hoffnungen geben die Verhandlungen in Paris. In Griechenland, Spanien und Portugal werden dem Volke nach wie vor grundlegende demokratische Rechte vorenthalten, freie Gewerkschaften unterdrückt. Während in den Industriestaaten der Lebensstandard sich erhöht, bleiben die Entwicklungsländer zurück. Die menschliche Not in den Entwicklungsländern verpflichtet zu vermehrter Hilfe. Mehr Solidarität und weniger Egoismus, mehr Verständnis und weniger Prestigedenken könnten die Lösung vieler Probleme zwischen Staaten, Rassen, sozialen Gruppen und einzelnen Menschen erleichtern.

Immer rascher verändern sich die wirtschaftlichen Strukturen unseres Landes. Die schweizerischen Gewerkschaften bejahen den technologischen Fortschritt und treiben ihn mit ihren sozialen For-

derungen voran. Gleichzeitig verlangen sie, dass die Sicherheiten der Arbeitnehmer verbessert werden. Für notwendige Umschulungen sollen die Arbeitgeber und die öffentliche Hand die Kosten tragen. Bei Verlust des Arbeitsplatzes sind den Arbeitnehmern angemessene finanzielle Abfindungen zu gewähren. Von den Arbeitgebern wird erwartet, dass betriebliche Umstellungen und Rationalisierungen nicht einfach über die Köpfe der betroffenen Arbeitnehmer und ihrer Organisationen hinweg beschlossen werden. Die Gewerkschaften verlangen frühzeitige und umfassende Information und bessere Mitsprachemöglichkeiten.

In der eidgenössischen Wirtschaftspolitik steht die Finanzpolitik im Vordergrund. Der Bund muss sich genügend Mittel zur Erfüllung seiner wachsenden Aufgaben beschaffen können. Eine leistungsgerechte und soziale Verteilung der Steuerlasten ist für den Gewerkschaftsbund eine selbstverständliche Forderung. Bei der Wehrsteuer kann und muss die Progression weitergeführt werden. Eine Vereinheitlichung der Steuerveranlagung bei Bund und Kantonen drängte sich gebieterisch auf.

Der Mieterschutz muss im ordentlichen Recht verankert werden. Ein soziales Mietrecht sollte dem Mieter die Möglichkeit geben, eine willkürliche Kündigung anfechten zu können. Wegen der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt ist eine Weiterführung der Mietzinsüberwachung unerlässlich. Der Gewerkschaftsbund verlangt, dass der Wohnungsbau weiterhin tatkräftig gefördert werde.

Um eine zweckmässige Besiedlung und Nutzung des Bodens geht es in der Bodenrechtsfrage. Die eidgenössischen Räte konnten sich nach langem hin und her auf einen Verfassungstext einigen. Obwohl die Vorlage nicht voll befriedigt, wird der Gewerkschaftsbund sie unterstützen, um eine fortschrittliche Ausführungsgesetzgebung zu ermöglichen.

Entschieden befürwortet der Gewerkschaftsbund die Revision des Nationalbankgesetzes. Eine möglichst stetige wirtschaftliche Entwicklung gehört zu den wichtigsten Zielen der Wirtschaftspolitik. Deshalb sind vermehrte konjunkturpolitische Kompetenzen und Lenkungsbefugnisse der Nationalbank unerlässlich. Die Vorlage stellt ein Minimum dar und darf keinesfalls verwässert werden.

Schul-, Ausbildungs- und Forschungsprobleme werden immer wichtiger. Ohne eine leistungsfähige Forschung wird die schweizerische Wirtschaft auf die Dauer nicht konkurrenzfähig bleiben. Mehrausgaben für Forschung und Ausbildung machen sich langfristig bezahlt. Aber Geld allein genügt nicht. An den Hochschulen sind Organisation, Lehrpläne und Lehrmethoden unter Mitwirkung der Studenten und Dozenten zu verbessern. Auch in den unteren Schulstufen ist nicht alles zeitgemäss. Reformen und insbesondere eine bessere interkantonale Koordination drängen sich auf. Die Berufslehre muss mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt halten und darf den Arbeit-

nehmer nicht in eine vorzeitige Spezialisierung zwingen. Mobilität und permanente Weiterbildung sind notwendig. Der Gewerkschaftsbund unterstützt die Forderung nach bezahltem Bildungsurlaub.

Die Leistungen der AHV konnten wesentlich verbessert werden. Mit der 7. Revision ist die Entwicklung nicht abgeschlossen. Die freien Gewerkschaften unseres Landes werden sich in Zukunft neben der Verbesserung der staatlichen Altersversicherung insbesondere um den Ausbau der betrieblichen, berufsverbandlichen und paritätischen Zusatzkassen bemühen. Die Freizügigkeit ist zu gewährleisten.

Eine grundlegende Revision der Krankenversicherung ist notwendig. Die Explosion der Spitalkosten stellt Versicherer und Versicherte vor grosse und neue Probleme. Neben einem verbesserten Versicherungsschutz steht die Frage des Vertragsverhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten im Vordergrund. Für eine befriedigende Mutterschaftsversicherung fehlt immer noch die Lohnausfallentschädigung für Arbeitnehmerinnen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund bekennt sich einmal mehr zum integralen Frauenstimm- und Wahlrecht und wendet sich gegen jede Diskriminierung der Frauenarbeit.

Zahlreich sind die noch ungelösten Probleme unseres Landes. Der SGB setzt sich für zukunftsorientierte Lösungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Bildungs- und Kulturpolitik ein. Seine ihm angeschlossenen Verbände kämpfen für fortschrittliche Arbeitsbedingungen und wollen mit einer entschlossenen und zielbewussten Lohnpolitik die Lebensmöglichkeiten der organisierten Arbeitnehmer verbessern.

Die politischen und gesellschaftlichen Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen sind in Frage gestellt. Die Gewerkschaften wollen die bestehenden Verhältnisse ändern und verbessern. Sie rufen die Jugend auf, an dieser dauernden Aufbauarbeit mitzuwirken. Sie erwarten von den Arbeitnehmern – Schweizern und Ausländern, Frauen und Männern –, dass sie sich aus Solidarität und im Interesse des sozialen Fortschritts gewerkschaftlich organisieren.

Der 1. Mai ist der Feiertag der Arbeit. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund appelliert an alle Arbeitnehmer, sich an den Mai-Kundgebungen zu beteiligen und damit die Forderungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Im Zeichen gewerkschaftlicher Solidarität demonstrieren wir für Freiheit, Fortschritt und Menschenwürde.

Bundeskomitee des
Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek